

FRAGE

Die EZB hat nach vier Monaten Pause wieder Anleihen finanzschwacher Euroländer gekauft, nach eigener Darstellung um die Wirkung der Geldpolitik in der Krise sicherzustellen. Ist das der richtige Weg?

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Aktuell ist die EZB die einzige Institution, die am Bondmarkt handeln kann. Staatsanleihemärkte waren für einige Euro-Staaten weitgehend ausgetrocknet.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Anleihekäufe durch die EZB sollten nur ein Instrument zur vorübergehenden Krisenbewältigung sein. Sobald dies möglich ist, sollte der Rettungsschirm strukturelle Lösungen finden.

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Trier:

Da die Euro-Zone aus politischen Gründen unbedingt gerettet werden soll, ist der Aufkauf der Anleihen wohl notwendig. An die Wurzeln der Krise gelangt man so jedoch nicht.

Dr. Eckhard Wohlers Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut, (HWWI):

Damit wird der Stabilitätspakt konterkariert. Zudem wird damit ein wichtiges Steuerungsinstrument, der Zins, außer Kraft gesetzt; hohe Zinsen für Staatsanleihen wären eine "automatische" Bremse für das Schuldenmachen hoch verschuldeter Staaten und würden den Druck erhöhen, die Staatsdefizite abzubauen.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das ist - wie schon in der Vergangenheit - nicht Aufgabe der EZB.

Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann Lehrstuhl am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Das ist ein Signal der Verzweiflung. Es ist Geldpolitik à la Française auf der Suche nach realer Entschuldung durch Inflation.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Das ist im Augenblick die einzige Option zur Marktberuhigung, die aber vorsichtig eingesetzt werden muss.

Prof. Dr. Michael Ahlheim Lehrstuhl für VWL, insbes. Umweltökonomie sowie Ordnungs-, Struktur- und Verbraucherpolitik, Universität Hohenheim:

Das ist nicht Aufgabe der EZB. Die EZB sollte nicht Geldschöpfung betreiben.



Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung,
Universität Siegen:

Das ist noch das Beste, was man erwarten kann. Tendenziell ist es doch eine Katastrophe.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen,
Universität Regensburg:

Das wirkt nur kurzfristig. Ich prognostiziere nach dem Auslaufen der Aktion weiter steigende Renditen für Italien und Spanien.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Der Ankauf hat allerdings nur kurzfristig positive Effekte. Langfristig überwiegen evtl. sogar negative Effekte.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie,
Johannes-Gutenberg-Universität:

Der Ankauf von Staatsanleihen ist und bleibt ein Vertragsbruch. Die ständige Wiederholung beweist nur, dass die Institution zu einem willfährigen Element der Politik verkommen ist. Die wiederholte diesbezügliche Majorisierung einer qualifizierten Minderheit im EZB-Rat wird die Akzeptanz des Euro in den Bevölkerungen der majorisierten Länder wegbrechen lassen.

Prof. Dr. Karl Justus Bernhard Neumärker Lehrstuhl für Allgemeine Wirtschaftsforschung/
Wirtschaftspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Der Anleihekauf hat höchstens einen kurzfristigen Effekt, da verschiedene Länder sich an diese Anleihepolitik anpassen werden, wenn die EZB sie langfristig verfolgt bzw. dann verfolgen muss.

Prof. Dr. Siegfried Franke Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Der Aufkauf nimmt Druck von den Schuldnerstaaten und verspielt die politische Unabhängigkeit der EZB.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Der erneute Ankauf von Staatsanleihen zerstört den letzten Rest Glaubwürdigkeit, über den die EZB verfügt hat.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Der Euro war von Anfang an eine politischen Entscheidung und gleichzeitig eine wirtschaftliche Missgeburt. Einige Beitrittsländer (z.B. PIGS-Staaten) divergieren seit Jahren anstatt zu konvergieren. Diese Notmaßnahmen retten nur vorübergehend die Euro-Zone, möglicherweise um anschließend ein geordnetes Ausschlussverfahren zu ermöglichen.

Dr. Justina A.V. Fischer Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Der Kauf führt zu einer Schwächung der finanzstarken Länder (wie Deutschland), so dass diese letztlich auch keinen Rettungsschirm mehr anbieten können.



Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik,
Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Der Kauf von Staatsanleihen der kriselnden Länder kann das kleinere Übel sein, um die Märkte zu stabilisieren. Zudem kann er den Ländern die für die Reformen und für die Konsolidierung nötige Zeit verschaffen, zu denen sich die unterstützten Länder verpflichten müssen. Das gilt unabhängig davon, ob – wie derzeit noch – die EZB Anleihen kauft oder der EFSF, sobald er arbeitsfähig ist.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Der notwendige Druck auf die Regierungen der Problemstaaten, eine konsequente und glaubwürdige Haushaltskonsolidierung zu betreiben und endlich die überfälligen Strukturreformen auf den Weg zu bringen, wird aufgeweicht.

Prof. Dr. Wilhelmus Spanjers Lehrstuhl für Mikroökonomie, Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg:

Der Schritt verschafft den Märkten Zeit, ihre Verunsicherung zu überwinden.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle
Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Der Zeitpunkt der Maßnahme war m.E. nicht optimal gewählt, aber sie war wohl durchdacht gesetzt, um frühzeitig ein Austrocknen des Interbankenmarkts zu verhindern.

Prof. Dr. Jan Prieue Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Hochschule für Technik und Wirtschaft
Berlin:

Die Aktion dämpft die Nervosität auf den Finanzmärkten ein. EFSF und ESM sind nicht auf diese Aufgabe vorbereitet, während sich die EZB mehr um Finanzsystemstabilität kümmern muss.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA :

Die Ankäufe sind nur als letzte Maßnahme zu sehen und sollten Interventionscharakter haben. Im Normalfall sollte in Zukunft der europäische Rettungsschirm EFSF diese Aufgaben erfüllen, sodass Ausfallrisiken nicht von der Zentralbank zu tragen sind. Außerdem verzerren die Käufe die Zentralbankbilanz. Sie muss die zusätzliche Liquidität an anderr Stelle abschöpfen (z.B. durch ausfallende Pensionsgessachäfte). Die Eingriffe sollten nur zur Marktberreinigung dienen.

Prof. Dr. Bruno Schöfeld Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die Begründung erscheint mir als wenig überzeugend. Die Gefahren, die diese Käufe für die Solvenz und Handlungsfähigkeit der EZB erzeugten, sind mittlerweile eigentlich allgemein bekannt.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und
öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Die derzeitigen Marktentwicklungen sind teilweise von Panik gekennzeichnet und nicht mehr nur von fundamentalen Zweifeln an der Zahlungsfähigkeit von Eurostaaten. Da sind diese Anleihekäufe temporär vertretbar.



Prof. Dr. Karl Mosler Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Die EZB beeinflusst dadurch nur geringfügig und kurzfristig die Märkte. Diese werden sich erst dann beruhigen, wenn die finanzschwachen Euroländer - ggf. auf Druck der übrigen Staaten - eine dauerhaft solide Haushaltspolitik nachweisen und ein beträchtlicher Teil ihrer aktuellen Schulden dann von der EZB bzw. dem Fonds übernommen wird.

Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs "Wachstum und Konjunktur", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Die EZB beraubt sich mehr und mehr ihrer geldpolitischen Möglichkeiten und wird zum "Ausputzer" für die Fehler der Finanzpolitiker.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Die EZB ist dabei, sich zum willigen Erfüllungsgehilfen der europäischen Finanzpolitik zu entwickeln. Der Sündenfall von 2008 wird nun zum Regelfall erkoren. Damit hat Europa seine Staatsbank.

Prof. Dr. Thomas Gall Economic Theory II, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Die EZB kann auf diese Art und Weise als Arbitrageur agieren.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Die EZB kann und sollte nicht versuchen, die Budgetprobleme im Euroraum im großen Umfang zu lösen. Mittel- und langfristig entstehen hier zu viele Anreizprobleme.

Prof. Dr. Georg Stadtmann Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschaftstheorie (Makroökonomik), Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Die EZB muss nun die Rolle des "Lender of last Resort" übernehmen. Die Geldpolitik muss sich ihrer Verantwortung bewusst sein.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Die EZB verhindert Reformen und entwickelt sich selbst zur Krisenbank.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Die Notenbank kann die Wertpapierpreise vielleicht kurzfristig beeinflussen, zur dauerhaften Stabilisierung und zur Lösung der Schuldenprobleme trägt das aber nicht bei.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Die notwendigen realen Änderungen werden nicht forciert, sondern verzögert.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die vorgegebenen Antworten sind zu schablonenhaft!



Prof. Dr. Renate Ohr Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, Georg-August-Universität Göttingen:

Dies ist schlicht eine monetäre Alimentierung von Staatsdefiziten, die unweigerlich zu steigender Inflation führen wird. Zugleich verliert die EZB damit weiterhin an Glaubwürdigkeit in Hinblick auf ihr Stabilitätsziel und ihre Unabhängigkeit. Zudem setzt sie die falschen Anreize, da sie den Druck auf hochverschuldete Länder nimmt, ihre Staatsverschuldung selbstständig und zügig zu reduzieren. Die Staatsverschuldung wird weiter steigen und letztlich wird es nur noch den Ausweg Inflation geben, um die Staatsverschuldung (real) zu verringern. Da schließlich auch die Glaubwürdigkeit der EZB verloren geht, wird sich dies langfristig negativ auf die Effizienz der Umsetzung stabilitätsorientierter geldpolitischer Maßnahmen auswirken.

Prof. Dr. Horst Schellhaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Diese Maßnahme kuriert die Symptomen, löst aber keine Ursachen. Außerdem unterminiert sie die Unabhängigkeit der EZB von den Regierungen.

Prof. Dr. Paul Schmidt Leiter Centre for Financial Economics, Frankfurt School of Finance & Management:

Diese Politik untergräbt die Unabhängigkeit der EZB, wird die Glaubwürdigkeit der EZB zunehmend in Frage stellen und entlässt die Problemländer aus dem aktuellen Anpassungsdruck. Das wird der Eurozone langfristig mehr schaden als nützen.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Ein weiterer Schritt auf dem mühsamen Weg zur Erkenntnis, dass Geld- und Fiskalpolitik in einer Währungsunion nicht trennbar sind. Aber die EZB kann auf die Dauer nicht die Verantwortung für die Kurspflege der von den Märkten ins Visier genommenen Regierungsanleihen übernehmen, ohne dass die immer mehr zur Solidargemeinschaft werdende Währungsunion eine wirksame Kontrolle über die Finanzpolitik ihrer Mitglieder erhält.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Es erlaubt der Fiskalpolitik ihren kreditorientierten Kurs ohne Beschränkungen fortzusetzen. Dies ist keine Lösung der Probleme, sondern verschärft sie.

Martin Lück Deutschlandvolkswirt, UBS Investment Bank:

Es gab keine andere Institution, die diese Aufgabe hätte übernehmen können. Es bestand das Risiko (und es besteht weiter), dass Italien und Spanien den Zugang zum Kapitalmarkt verlieren.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Es gibt derzeit (noch) keinen anderen Akteur, der diese Rolle übernehmen kann, solange der Stabilisierungsfonds noch nicht arbeiten kann.

Prof. Dr. Gerhard Untiedt Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Es gibt keine guten Alternativen in dieser Situation. Von den schlechten Alternativen ist diese vielleicht noch die Beste. Die Fehler wurden früher gemacht, nun muss die Suppe ausgelöffelt werden.



Prof. Dr. Michael Bräuninger Forschungsdirektor, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) und Geschäftsführer HWWI Consult GmbH :

Es gibt kurzfristig positive Effekte, aber führt langfristig zu einer weiteren Verunsicherung.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Es handelt sich um einen Bestandteil der sich nun einnistenden Transferunion. Die Maßnahme hilft den Krisenstaaten, indem ihre Schulden vergemeinschaftet werden. Für den Erhalt der Euro-Zone ist das kein Beitrag, weil die Kosten aus der Währungsunion für die soliden Staaten steigen.

Prof. em. Dr. Wolfgang König ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Georg-August-Universität Göttingen:

Es ist aber zweifelhaft, ob die Euro-Zone langfristig ihren Wert erhalten kann.

Prof. Dr. Michael Bräulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Es nimmt von den zu hoch verschuldeten Staaten den Druck, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen. Nebenbei: Die EZB darf Staaten keinen Kredit geben, de facto tut sie das aber mit ihren Anleihekäufen.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es stabilisiert zumindest kurzfristig die Finanzmärkte, deren Erwartungsbildung von einer unzuverlässigen Politik massiv verunsichert wird.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Gegeben die Entscheidungsschwäche der europäischen Regierungen sieht die EZB offenbar keine Alternative. Erwarten sollte man hingegen, dass die Regierungen die Märkte beruhigen.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Irgendwann müssen die Papiere verschrottet werden. Das müssen dann alle Steurzahler der Euro-Zone bezahlen und zwar aus dem nicht vorhandenen Wachstum des Euro BIP. So geht es nicht.

Prof. Dr. Michael Roos Lehrstuhl für Makroökonomik , Ruhr-Universität Bochum:

Kurzfristig mag die Maßnahme geboten sein, aber langfristig ist sie kontraproduktiv.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Mittlerweile sollte klar sein, dass sich die Finanzmärkte auf diesem Weg eben nicht beruhigen lassen. Schlimmer, ihre potenziell disziplinierende Funktion wird völlig außer Kraft gesetzt und es werden keine direkten Konsolidierungsanreize für die betroffenen Staaten mehr gesetzt.

Prof. Dr. Horst Entorf Lehrstuhl für Ökonometrie, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main:

Nein, da eine Zentralbank keine "Bad Bank" sein darf. Außerdem wird stillschweigend der Weg zur europäischen Transfer-Union weiter geebnet - ohne rechtliche Grundlage.



Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, Santander Bank:

Ohne funktionierende Geldmärkte würde sich die aktuelle Finanzkrise weiter verschärfen.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Solange der europäische Stabilitätsfonds nicht einsatzbereit ist, muss die EZB die Stabilitätsaufgabe wahrnehmen.

Prof. Dr. Wolfram Elsner Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik (iino), Universität Bremen:

Solange man unter gegebenen Bedingungen gegen die private Spekulation öffentlich anspekulieren muss, um die Krisen-Mitgliedsstaaten und den Euro zu erhalten, ist das wohl alternativlos.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Zur kurzfristigen Krisenabwehr ist die Lösung legal, sie darf aber auf keinen Fall zur Dauereinrichtung werden.

FRAGE

Besteht die Gefahr, dass sich durch die Ausweitung der europäischen und amerikanischen Schuldenkrise das Weltwirtschaftswachstum deutlich abschwächt?

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Zunehmend besteht das Risiko, dass es zu einem Erwartungsschock bei Unternehmen und Haushalten kommt. Wegen hoher Unsicherheit könnten insbesondere Investitionen verschoben werden.

Prof. Dr. Georg Stadtmann Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschaftstheorie (Makroökonomik), Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Wenn alle Länder sparen, kann es nur in eine Richtung gehen.

Prof. Dr. Paul Schmidt Leiter Centre for Financial Economics, Frankfurt School of Finance & Management:

Weil sich die zunehmenden Probleme an den Bondmärkten in steigenden Nominalzinsen niederschlagen werden.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Weil deshalb Haushaltsdefizite noch schneller als bisher zurückgefahren werden müssen und dies die Konjunktur belasten wird.

Prof. Dr. Björn Frank Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Kassel:

Vielleicht nicht direkt, aber als Folge prozyklischer Konjunkturpolitik - alive as ever.



Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Verunsicherung über die weitere Entwicklung kann zu Konsum- und Investitionszurückhaltung führen und zusätzlich die Finanzierungskosten (Risikoprämie) erhöhen.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Vertrauensverlust schafft kein günstiges Investitionsklima für dringend benötigtes Wachstum.

Prof. Dr. Gerhard Untiedt Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Unsicherheit beeinträchtigt alle Marktteilnehmer. Banken misstrauen sich gegenseitig, Unternehmen investieren weniger, Konsumenten üben sich in Kaufzurückhaltung. Dieses Szenario allein ist hinreichend für eine Abschwächung des weltwirtschaftlichen Wachstums.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA :

Staatliche Konsolidierungsmaßnahmen sind mit Wachstumsverlusten verbunden. Deshalb sollten die Einsparungen und Einnahmeerhöhungen sehr schnell und kräftig erfolgen. Dadurch dürfte sich das Vertrauen von Investoren und Konsumenten schnell wieder einstellen. Eine zu zögerliche Konsolidierung auf Raten hätte möglicherweise eine nachhaltige Vertrauenskrise zur Folge. Die negativen Konjunkturreffekte wären damit größer.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Sowohl die USA als auch die europäischen Wackelkandidaten werden auf ihrer Ausgabenseite kürzen, statt sich um ihre Einnahmenseiten zu kümmern.

Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann Lehrstuhl am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Schon die sprunghaft steigende Verunsicherung wirkt retardierend.

Dr. Justina A.V. Fischer Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Natürlich - wenn die ökonomisch größten Länder in eine Rezession verfallen, zieht das den Rest der Welt runter.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Krisenerwartungen sind immer Gift für die Konjunktur.

Prof. Dr. Siegfried Franke Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Kapital wandert weniger in den realen Sektor, wo es dringend benötigt wird, sondern zirkuliert im Finanzsektor - immer auf der Suche nach besseren Renditen.



Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Ja, denn die Erwartungen der Marktteilnehmer über einen nachhaltigen Aufschwung nach der Finanzkrise sind enttäuscht worden, was die Finanzmärkte weiter nach unten ziehen kann mit entsprechend negativen Folgen für die Realwirtschaft.

Prof. Dr. Karl Mosler Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Insbesondere eine durch höhere Steuern und sinkende Staatsnachfrage in den USA eingeleitete Rezession wird das Wachstum der Weltwirtschaft beeinflussen.

Prof. Dr. Karl Justus Bernhard Neumärker Lehrstuhl für Allgemeine Wirtschaftsforschung/Wirtschaftspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Fundamental ist Deutschland die nächste Zeit durch seine faktische Wirtschaftskraft ausreichend abgesichert.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Es wird keine deutliche, nur eine moderate Abschwächung geben. Der Weg in weitere Schulden (Euroanleihen) wird von der Presse, Spekulanten (wohl auch Hr. Soros), den südeuropäischen Ländern und einigen Politikern erzwungen werden. Ansonsten bestimmt zunehmend Asien die Konjunktur.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Es könnte zu Investitionsstopps kommen.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Es droht ein Einbrechen des Handels und offenbar auch eine weitere Krise im Finanzsystem.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Es besteht die Gefahr, dass der starke Einbruch der Finanzmärkte realwirtschaftliche Folgen haben wird, selbst wenn es vorrangig Erwartungseffekte sind.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Erwartungen sind kurzfristig nicht-rational.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Einmal durch die notwendigen Sparprogramme der öffentlichen Haushalte und zum zweiten durch die von der Schuldenkrise ausgelösten Turbulenzen an den Finanzmärkten.



Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Eine weitere Zuspitzung der Schuldenkrise würde auch zu einer steigenden Verunsicherung in der Realwirtschaft führen.

Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik, Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Eine Verlangsamung der Konjunktur war nach den Rekorden der letzten Monate ohnehin zu erwarten. Eine dämpfende Wirkung von Sparmaßnahmen ist unverkennbar, perspektivisch verbessern sie aber die Wachstumsperspektiven sogar.

Prof. Dr. Thomas Gall Economic Theory II, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Ein Abschwächungsszenario ist möglich, aber unwahrscheinlich: Allenfalls denkbar wäre es durch zahlungsunfähige Banken im Zuge staatlicher Kreditausfälle.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Diese Frage lässt sich letztlich nur für die unterschiedlichen Wirtschaftsräume und Staaten separat seriös beantworten. Tatsächlich scheint sich das Wirtschaftswachstum im Euroraum leicht abzuschwächen; davon ist Deutschland im Moment aber nur leicht betroffen. Für die Konjunktur in einigen anderen großen Euroländern (Frankreich, Spanien, Italien) und jene in den USA sehe ich aber in der nächsten Zeit eher schwarz.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die zwingende Folge der Schuldenkrise ist Konsolidierung durch höhere Steuern oder niedrigere Staatsausgaben. Das kann die Konjunktur nicht stärken. Dies gilt vor allem für Europa, weniger für die USA.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die zusätzlichen Risiken beeinträchtigen sowohl Konsumentenvertrauen als auch die unternehmerischen Investitionspläne und dämpfen infolgedessen die wirtschaftliche Entwicklung.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Die Zinsen könnten stark steigen und damit Kapital verteuern. Langfristig kann dies aber zur Disziplinierung der Haushaltspolitik der betroffenen Staaten beitragen.

Martin Lück Deutschlandvolkswirt, UBS Investment Bank:

Die Zeiten kreditfinanzieren Konsums als Wachstumstreiber sind vorbei. Das Wachstum wird schon deshalb schwächer ausfallen als in der Vergangenheit, vor allem in den angelsächsischen Ländern, aber auch in Teilen Südeuropas. Dazu wird restriktivere Fiskalpolitik auf Jahre das Wachstum dämpfen.



Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik,
Universität Köln:

Die Verunsicherung über die Tragbarkeit der Schuldenlast wirkt wie eine Steuer auf die wirtschaftliche Aktivität.

Prof. Dr. Wilhelmus Spanjers Lehrstuhl für Mikroökonomie, Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg:

Die Verunsicherung schwächt direkt und indirekt die Nachfrage.

Dr. Eckhard Wohlers Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut, (HWWI):

Die Verunsicherung der Investoren und Konsumenten und das mangelnde Vertrauen in die Wirtschaftspolitik werden dazu führen, dass die Staatsschuldenkrise sich auch auf die Realwirtschaft auswirken wird, zumal die Weltkonjunktur ihren Höhepunkt bereits überschritten haben dürfte.

Prof. Dr. Wolfram Elsner Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik
(iino), Universität Bremen:

Die USA fallen nun endgültig als Nachfragefaktor der Weltwirtschaft aus und wirken ab sofort zusätzlich kontraktiv.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität
Münster:

Die Stabilität des Weltfinanzsystems ist ein Wachstumsfaktor.

Prof. Dr. Michael Ahlheim Lehrstuhl für VWL, insbes. Umweltökonomie sowie Ordnungs-,
Struktur- und Verbraucherpolitik, Universität Hohenheim:

Die Schulden bremsen die staatliche Nachfrage in beiden Wirtschaftsräumen und lassen auch die Privaten vorsichtiger nachfragen, weil sie weitere Sparmaßnahmen und/oder Steuererhöhungen fürchten.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Die Rückführung der ausgeuferten Verschuldung im Zuge des (nicht vermeidbaren)
Krisenmanagements nach der jüngsten Finanzkrise wird sich kaum ohne signifikante
Wachstumseinbußen durchführen lassen.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Die Politik begegnet der Schuldenkrise durch Kurieren der Symptome, nicht aber den strukturellen Ursachen. Dies verschärft die unvermeidlichen Kosten der strukturellen Anpassung. Zudem sinkt das Vertrauen in die zukünftige Entwicklung, was investitions- und konjunkturdämpfend wirkt.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die kreditfinanzierte Nachfrage dieser Staaten fällt aus.



Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die Gefahr besteht schon allein deswegen, weil sich auch die Refinanzierungskosten privater Investoren damit tendenziell erhöhen.

Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs "Wachstum und Konjunktur", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Die Gefahr besteht durchaus, wenn die Verunsicherung um sich greift und die Unternehmen beginnen Investitionen zurückzustellen.

Prof. Dr. Michael Frenkel Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Die Finanzmärkte überreagieren und die hiervon ausgehende Volatilität schlägt sich in Unsicherheit im realen Sektor nieder. Dies kann wachstumsdämpfend wirken.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Der Nachfrageausfall macht dieses Szenario wahrscheinlich.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Das weltwirtschaftliche Wachstum wird gegenwärtig und auf absehbare Zeit von der Aufholjagd wichtiger Schwellenländer von China über Indien bis Brasilien getragen. Die USA sind zwar nicht unbedeutend, sind aber nicht mehr entscheidend für die weltwirtschaftliche Entwicklung.

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, Santander Bank:

Das schwächere US-Wachstum könnte auch die Konjunktur in den Emerging Markets und speziell China etwas abbremsen.

Prof. Dr. Renate Ohr Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, Georg-August-Universität Göttingen:

Das Risiko besteht, doch hängt es wesentlich von der Politik ab. Das hilflose "Re"agieren der europäischen Wirtschaftspolitiker auf die Schuldenproblematik in einigen Euroländern verunsichert allerdings die Märkte. Es fehlen klare Strategien und eindeutige und nachhaltige Maßnahmen. Dazu gehören auch mutige Entscheidungen, bei denen kurzfristige Einschnitte in Kauf genommen werden, um nachhaltige Konsolidierung zu ermöglichen. Ein längeres Herumlavieren der Politik wird das Wirtschaftswachstum in Europa schwächen. Ähnliches gilt für die amerikanische Politik. Auch hier fehlen klare Signale an die Märkte. Prinzipiell sind die "Schuldenkrisen" jedoch nicht so dramatisch oder einzigartig, so dass sie auch ohne Einbruch der Weltwirtschaft lösbar wären.

Prof. Dr. Jan Priewe Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin:

Das drastische Sparen bremst die Konjunktur und die Unsicherheit an den Finanzmärkten kann auf die Realwirtschaft überspringen.



Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie,
Universität Köln:

Banken können weniger Kredite an Unternehmen vergeben. Die Erwartungen auf einen Fortgang des Wirtschaftswachstums werden abgeschwächt.

Prof. em. Dr. Wolfgang König ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Georg-August-Universität Göttingen:

Asien kann den Nachfrageausfall noch nicht kompensieren.

FRAGE

Sehen Sie die US-Wirtschaft durch die amerikanische Schuldenkrise in eine "double dip"-Rezession fallen?

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Amerikanische Unternehmen haben gute Zahlen für das erste und zweite Quartal gemeldet. Nur der Arbeitsmarkt schwächelt.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

An der Verschuldungssituation hat sich durch die politischen Querelen nichts verändert; die Chancen auf Stabilisierung sind gegeben, gerade nach den jüngsten Arbeitsmarktdaten.

Prof. Dr. Michael Ahlheim Lehrstuhl für VWL, insbes. Umweltökonomie sowie Ordnungs-, Struktur- und Verbraucherpolitik, Universität Hohenheim:

Das amerikanische Sparprogramm und die Unsicherheit, ob Obama die von der Opposition verlangten Auflagen wird erfüllen können, verunsichern die Verbraucher und die Unternehmen und könnten zum zweiten "Dip" führen.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Das wahrscheinlichste Szenario ist nach wie vor ein anhaltend mäßiges Wirtschaftswachstum in den USA.

Prof. Dr. Thomas Gall Economic Theory II, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Der Grund für einen "double dip" liegt eher in mangelnder Konjunkturpolitik.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA :

Der Hauptgrund für die Vermeidung einer Rezession liegt in der guten Verfassung des Unternehmenssektors bei verbesserten Rahmenbedingungen (niedrigerer Ölpreis, gefallene Zinsen, hohe Liquidität). Entscheidend wird der Arbeitsmarkt sein. Eine weitere Stabilisierung wird in Verbindung mit steigenden Realeinkommen den privaten Verbrauch stützen.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Die Fed hält dagegen, der Staat nach Anhebung der Schuldengrenze ebenfalls.



Prof. Dr. Paul Schmidt Leiter Centre for Financial Economics, Frankfurt School of Finance & Management:

Die Fed wird mit weiteren Staatsanleihekäufen gegensteuern.

Prof. Dr. Renate Ohr Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, Georg-August-Universität Göttingen:

Die Gefahr besteht.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Gefahr wächst, weil die Lösung der Schuldenkrise kaum Spielräume für die Konjunkturstützung gelassen hat.

Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik, Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Die Konjunktur in den USA schwächelt und vielleicht wird in dem einen oder anderen Quartal noch ein Dämpfer hinzukommen. Die US-Wirtschaft muss auf die Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit setzen statt auf staatliche Impulse. Immerhin zeigt sich am Arbeitsmarkt seit einigen Monaten zumindest eine leichte Besserung.

Dr. Eckhard Wohlers Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut, (HWWI):

Die Konjunktur in den USA wird sich zwar merklich abkühlen, eine erneute Rezession erscheint derzeit aber nicht als die wahrscheinlichste Variante. Ein Risiko bleibt allerdings.

Prof. Dr. Wolfram Elsner Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik (iino), Universität Bremen:

Die Multiplikatorwirkungen des amerikanischen Staatshaushalts werden weiter reduziert. Für Rezessionsbekämpfung stehen keinerlei fiskalische (und, angesichts des real negativen Zinssatzes, auch keinerlei geldpolitische) Instrumente mehr zur Verfügung.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Die offenbar gewordene Unfähigkeit einer politischen Lösung erhöht weiter die Unsicherheit und bedroht damit den Aufschwung.

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, Santander Bank:

Die sehr expansive Geldpolitik der Fed und Impulse vom Export sowie eine intakte Investitionstätigkeit dürften weiter stützen bzw. der Konjunktur Impulse geben.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Die US Wirtschaft schwächelt, weil zu wenig im Inland investiert wird. Aber der private Konsum ist zu hoch und diesen mittels Niedrigstzinsen zu hätscheln, perpetuiert das grundlegende Problem.



PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Die US-Konjunktur reagiert sensitiv auf Börseneinbrüche. Hinzu kommt, dass aufgrund der sinkenden US-Bonität nun auch private Investitionen in den USA mit höheren Risikoprämien konfrontiert sind.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Die US-Wirtschaft ist stark. Die werden investieren.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die USA kann mit einer Wirtschaftspolitik, einer Notenbank und einer eigenen Währung agieren. Das ist ein Riesenvorteil, zumal der US-Dollar als Weltwährung alternativlos ist.

Prof. Dr. Wilhelmus Spanjers Lehrstuhl für Mikroökonomie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Verunsicherung ist voraussichtlich nur vorübergehend und müsste sich bei vernünftigem Verhalten der politischen Kräfte in absehbarer Zeit legen.

Prof. Dr. Horst Schellhaab Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Die vorgesehenen "Einsparungen" sind viel zu gering.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Double-dip hin oder her - was ist der Erkenntniswert solcher Modewörter? - die Rezession ist längst eingeleitet.

Prof. Dr. Siegfried Franke Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Durch den Riss in der politischen Landschaft geht enormes Vertrauen verloren.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Eine "double dip"-Rezession ist angesichts des vielen billigen Geldes in den USA nicht wahrscheinlich, aber die USA müssen sich auf eine jahrelange Phase sehr geringer Wachstumsraten einstellen, weil sowohl private als auch öffentliche Haushalte stark verschuldet sind. Die Überwindung dieses Problems wird politisch extrem schwierig, weil es jahrelang Zurückhaltung erfordert, ohne viele positive Aussichten anzubieten.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Eine amerikanische Schuldenkrise besteht noch nicht. "Double dip"-Rezessionen sind seltene Ausnahmefälle.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Es handelt sich hier nicht um eine "double dip", sondern um eine andauernde und sich langsam verstärkende Krise.



Dr. Justina A.V. Fischer Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Es wird dynamische Feedback-Effekte geben, die die Wahrscheinlichkeit erhöhen.

Prof. Dr. Karl Mosler Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Für ein Konjunkturprogramm wie in 2008/09 hat der US-Staat kein Geld.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Ich meine, die USA sind bisher nicht wirklich aus der Rezession herausgekommen nach der Finanzkrise.

Prof. Dr. Xenia Matschke Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Trier:

Ja, diese Gefahr besteht durchaus. Vor allem das Theater um die Erhöhung der Schuldengrenze hat das Augenmerk der Weltöffentlichkeit erst auf das Ausmaß der US-Schulden gelenkt, die Anleger verunsichert und zu einer Herabstufung der US-Bonität geführt, dadurch werden künftige Anleiheausgaben für die USA teurer. Man kann sich nur wundern, was sich die Tea-Party-Anhänger dabei gedacht haben, diesen Streit vom Zaun zu brechen. Es ist ganz klar, dass nur durch Einsparungen im Sozialwesen der US-Schuldenberg nicht abgebaut werden kann, gleichzeitig wird die Binnennachfrage gedrosselt.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Ja, wenn sich das politische Hick-Hack in den USA in der Zeit bis zu der nächsten Präsidentschaftswahl so weiterentwickelt.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Kürzungen der Staatsausgaben werden voraussichtlich negative Konjunkturreffekte haben, selbst wenn der Multiplikator relativ gering ist. Allerdings gibt es sehr divergierende Schätzungen zu den empirischen Werten des Multiplikators.

Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann Lehrstuhl am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Man soll den Teufel nicht an die Wand malen.

Prof. Dr. Gerhard Untiedt Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Nicht die amerikanische Schuldenkrise ist verantwortlich, das war nur schlechtes, unverantwortliches Kasperltheater mit weltweiten Auswirkungen.

Prof. em. Dr. Wolfgang König ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Georg-August-Universität Göttingen:

Nicht zu überwindende wirtschaftspolitische Kontroversen sind das größte Übel.



Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs "Wachstum und Konjunktur",
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Noch gibt es dafür keine Anzeichen, aber der Grat ist schmal.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik , Universität
Potsdam:

Politiker einigen sich stets bei zusätzlichen Ausgaben - im Wahljahr führt es zu einem Wettlauf der
Versprechungen mit entsprechenden psychologischen Wirkungen.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik,
Georg-August-Universität Göttingen:

Schon ohne den Sparhaushalt schwächelt die Wirtschaft. Es ist unklar, wo Wachstum herkommen
soll.

Martin Lück Deutschlandvolkswirt, UBS Investment Bank:

Schwaches Wachstum ja, aber zur Zeit kein Grund, einen Einbruch für wahrscheinlich zu halten.

Prof. Dr. Karl Justus Bernhard Neumärker Lehrstuhl für Allgemeine Wirtschaftsforschung/
Wirtschaftspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Vermutlich nicht, da bei erstbestem "Notwendigkeit" die Staatschulden wieder relativ ausgeweitet
werden (Konjunkturprogramme o.ä.).

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen,
Bundesverband deutscher Banken:

Vermutlich wird es keine Rezession geben, aber eine sehr flache konjunkturelle Entwicklung.

Prof. Dr. Björn Frank Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Kassel:

Von hier aus, aus zugegebenermaßen großer Entfernung, sieht es so aus, als entwickelten sich die
Republikaner zur wirtschaftspolitischen Naturkatastrophe.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Vor der Wahl 2012 wird sich das niemand leisten wollen und zudem hängt die tatsächliche Wirkung
von den noch ausstehenden Verhandlungen über die zu realisierenden Sparmaßnahmen ab.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität
Münster:

Wenn die USA in eine "double dip"-Rezession fallen, hat das andere Gründe, wie z.B. schwere
Fehler der Wirtschaftspolitik.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung,
Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Zumindest deutet alles darauf hin.



Prof. Dr. Jan Priewe Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin:

Zur Zeit deutet sich noch keine neue Rezession an, das wird sich in den nächsten Monaten zeigen.

FRAGE

Die Koalition hat sich auf Steuersenkungen verständigt, Eckpunkte sollen im Herbst festgelegt werden. Derzeit werden unterschiedliche Ansätze diskutiert. Halten Sie Steuersenkungen grundsätzlich für sinnvoll bei anhaltend hoher Staatsverschuldung?

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik , Universität Potsdam:

Wenn auch entgegen der Mehrheitsmeinung - aber es stärkt den Standort Deutschland, ansonsten "finanzieren" wir die hohen Kreditaufnahmen und Wettbewerbsverzerrungen anderer Europäer (ungewollt).

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Wahlversprechen hin, FDP her: Die gegenwärtige Situation in Deutschland würde im Gegenteil ein Ausmisten bei den unzähligen und sehr teuren Steuerprivilegien erlauben.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Wachstum erleichtert Schuldenabbau. Wachstumsfördernde ökonomische - nicht buchhalterische - Investitionen sollten somit erleichtert werden. Kreditfinanzierter Konsum ist dagegen abzulehnen. Letzteres ist in Europa und USA leider für zu lange in Vergessenheit geraten - insbesondere auch nach 2007-2008!

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Steuervereinfachung ist wichtiger als Steuersenkung.

Dr. Eckhard Wohlers Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut, (HWWI):

Steuersenkungen wären grundsätzlich auch bei hoher Staatsverschuldung möglich und durchaus sinnvoll, dies darf allerdings nicht auf Pump, sondern nur mit Gegenfinanzierung - etwa durch den Abbau von Subventionen oder dauerhafte Ausgabenkürzungen - geschehen. Keinesfalls dürfen konjunkturbedingte Mehreinnahmen dazu verwendet werden, diese müssen zum Schuldenabbau genutzt werden.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Steuersenkungen entlasten die Wirtschaftssubjekte und ihre Gegenfinanzierung durch Abbau von Subventionen und Transfers zwingt zur Sanierung des Budgets.



Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie,
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Steuerreform ja, aber Steuersenkung im Aufschwung nein. Denn von Gegenfinanzierung spricht ja niemand.

Prof. Dr. Jan Priebe Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Hochschule für Technik und Wirtschaft
Berlin:

Priorität sollten Staatsausgaben haben, bei sich abschwächender Konjunktur durch Kreditaufnahme finanziert; Deutschland muss im internationalen Kontext stärker expansiv reagieren.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Kurzfristig werden negative Konjunkturreffekte die weiterhin nötige Konsolidierung erschweren, mittelfristig die Folgen der Finanzkrise und langfristig die demographische Alterung. Kein Spielraum für Steuersenkungen.

Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs "Wachstum und Konjunktur", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Insbesondere die inflationsbedingten "heimlichen" Steuererhöhungen sollten ausgeglichen werden.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle
Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Im Moment sehe ich keine Spielräume für Steuersenkungen. Selbstverständlich sind trotzdem aufkommensneutrale Anpassungen des Steuersystems wünschenswert (z.B. Steuervereinfachungen).

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule
der Sparkassen-Finanzgruppe:

Im Lichte der Verschuldungssituation ist eine Steuersenkung für die nächsten fünf Jahre nicht verantwortbar.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen,
Universität Regensburg:

Ich sehe keinen Spielraum. Die Lösung der Schuldenkrise muss absoluten Vorrang haben.

Prof. Dr. Siegfried Franke Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Hier kann man gar nichts ankreuzen. Es geht doch gar nicht um wirkliche Steuersenkungen, sondern bestenfalls um eine Korrektur der "heimlichen Steuererhöhungen" und der "kalten Progression".

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA :

Haushaltskonsolidierung hat Vorrang. Allein hierdurch ergeben sich nach einer temporären Schwächephase der Wirtschaft genügend Wachstumsimpulse in der Zukunft. Steuersenkungen wären in diesem Umfeld hoher Staatsverschuldung ohnehin nur in geringem Ausmaß möglich. Dabei wären die positiven Konjunkturimpulse eher vernachlässigbar.



Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung,
Universität Siegen:

Haushaltskonsolidierung geht vor.

Prof. Dr. Thomas Gall Economic Theory II, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Grundsätzlich können Steuerensenkungen auch bei hoher Staatsverschuldung ein valides Instrument der Nachfragepolitik darstellen, immer mit dem Ziel durch höheres Wachstum die Schulden wieder abzubauen; ob dies in Deutschland gegenwärtig das beste Instrument ist, ist fraglich.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Es wäre hilfreicher, substantiell die Staatsschulden abzubauen. Damit entstünde über die Zeit auch Spielraum für die künftige Haushaltspolitik - was wiederum bei einer Steuersenkung "mit Gegenfinanzierung" allein nicht der Fall wäre. Ob und inwieweit durch Steuersenkungen zusätzliche Anreizwirkungen entstehen und damit die Wirtschaft angekurbelt wird, ist eine Gretchenfrage, die an dieser Stelle offen gelassen wird.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Es macht politisch keinen Sinn, wenn eine bürgerliche Regierung so viel spart, dass die wahrscheinlich nachfolgende rot-grüne dann reichlich Geld zur Verfügung hat.

Prof. em. Dr. Wolfgang König ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Georg-August-Universität Göttingen:

Es gelten einfache Grundsätze der Finanzwissenschaft.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es besteht zurzeit kein finanzieller Spielraum für eine Steuersenkung.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Erst wenn wir aus der Verschuldungsspirale rausgekommen sind.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Eine Vereinfachung des Steuersystems und der Abbau der kalten Progression erscheinen durch Subventionsabbau durchaus möglich.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Eine Steuervereinfachung wäre wichtiger als Steuersenkungen. Steuervereinfachung kann selbst bei Aufkommensneutralität positive Effekte haben.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Eine Rückführung der Schuldenquote muss Priorität haben.



Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann Lehrstuhl am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Eine gegenfinanzierte allgemeine Steuersenkung ist nie falsch.

Prof. Dr. Paul Schmidt Leiter Centre for Financial Economics, Frankfurt School of Finance & Management:

Ein weiterer Anstieg der Schuldenquote muss prioritär verhindert werden, um künftige Handlungsspielräume zu erhalten.

Prof. Dr. Georg Stadtmann Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschaftstheorie (Makroökonomik), Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Dies ist lediglich ein Zugeständnis an die neue Führungstruppe der FDP. Wirtschaftspolitisch absolute verkehrt.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die vorgeschlagenen Maßnahmen dienen offensichtlich nur der Finanzierung von Wählerstimmen. In der aktuellen Situation muss auch Deutschland den Gürtel enger schnallen.

Prof. Dr. Michael Ahlheim Lehrstuhl für VWL, insbes. Umweltökonomie sowie Ordnungs-, Struktur- und Verbraucherpolitik, Universität Hohenheim:

Die unsichere Zukunft der europäischen Krisenländer birgt auch große Risiken für den deutschen Staatshaushalt. Daher sollte man diesen jetzt nicht durch Steuersenkungen belasten. Außerdem ist deren positive Konjunkturwirkung mehr als fraglich.

Prof. Dr. Karl Justus Bernhard Neumärker Lehrstuhl für Allgemeine Wirtschaftsforschung/ Wirtschaftspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Steuersenkung wird durch das augenblickliche Wachstum begründet. Wie lange diese Wachstumsphase anhält, ist aber nicht sicher. Deshalb sollte jetzt eher mit Steuergeldern konsolidiert werden, zumal der Fall Frankreich zeigt, dass nicht klar ist, ab wann auch einmal gegen Deutschland wegen "zu hoher" Staatsschulden spekuliert wird. Eine Ausnahme wäre für mich, den Soli-Zuschlag zu streichen, um die damit verbundenen Staatsausgaben in der Summe zu kürzen.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Die Steuersenkung ist rein politisch induziert, um die FDP und damit die Regierungskoalition am Überleben zu halten, mit ökonomischen Sachverstand hat das nichts zu tun.

Martin Lück Deutschlandvolkswirt, UBS Investment Bank:

Die Steuerbelastung mittlerer Einkommen ist zu hoch. Hier ist Entlastung sinnvoll, aber nur, wenn an anderer Stelle Staatsausgaben eingespart werden.



Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik,
Universität Köln:

Die Prioritäten dürfen nicht verwässert werden: Der Abbau der Schulden ist ein absolutes Muss, auch im Hinblick auf die im Grundgesetz verankerte Schuldengrenze. Dazu müssen auch konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen, wie derzeit, genutzt werden.

Prof. Dr. Michael Frenkel Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of
Management:

Die Konsolidierung des Staatshaushalts wird stärkere Wachstumseffekte haben als die diskutierten Steuererleichterungen. Das erkennen sogar die Wähler!

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und
Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die konjunkturellen Risiken sind mittelfristig sehr hoch. Der Schuldenstand der Bundesrepublik ist historisch auf dem höchsten Niveau. Eine aufkommensneutrale Reform des Steuersystems, die die Konunktur stärkt, wäre daher wünschenswert. Defizitfinanzierung sicher nicht.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Die Gegenfinanzierung bei einer Steuersenkung erscheint mir politisch derzeit nicht umsetzbar.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Die Forderung nach Steuersenkung beruht auf der Überzeugung, dass die privaten Haushalte das Geld sinnvoller als der Staat ausgeben können. Hierfür ist eine Senkung der staatlichen Ausgaben zwingend erforderlich.

Prof. Dr. Renate Ohr Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik,
Georg-August-Universität Göttingen:

Die derzeitigen Steuermehreinnahmen sind weitgehend konjunkturbedingt und daher nicht dauerhaft. Daher sollten sie zum Schuldenabbau genutzt werden. Grundsätzlich wäre eine Steuerreform (in Richtung des Kirchhof-Vorschlags) hilfreich. Damit könnten für viele sichtbare Steuererleichterungen erreicht werden, ohne dass das Steueraufkommen signifikant sinkt.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Die Chance für strukturelle Reformen sollte bei guter Konjunktur genutzt werden.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Die Bürger selber wissen besser als der Staat, wie sie ihre knappen Mittel optimal verwenden.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik,
Georg-August-Universität Göttingen:

Der Zeitpunkt der Diskussion ist völlig deplatziert und die ganze Sache ist in Anbetracht der wirklichen Probleme, die jetzt anstehen, völlig nebensächlich.



Prof. Dr. Wolfram Elsner Institut für Institutionelle Ökonomik und Innovationsökonomik (iino), Universität Bremen:

Der Nachholbedarf an öffentlichen Investitionen ist dramatisch angestiegen. Der Unterschied zu expandierenden/investierenden Ländern (z.B. Skandinavien) ist im öffentlichen Alltag bereits erkennbar.

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, Santander Bank:

Der Konsolidierung der Staatsfinanzen sollte eindeutig Vorrang eingeräumt werden. Gegen eine Vereinfachung des Steuersystems bei gleichem Steueraufkommen spricht dabei sehr wenig.

Dr. Justina A.V. Fischer Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Der Abbau der Staatsverschuldung führt langfristig zur Entlastung des Bundeshaushalts und ermöglicht dann vielleicht auch Steuersenkungen. Außerdem, was nützen Steuersenkungen, wenn dafür die Sozialbeiträge steigen?

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Das Staatsdefizit wird 2011 wesentlich geringer sein als geplant. Das eröffnet Spielräume, ohne die mittelfristigen Konsolidierungsziele zu gefährden. Konsolidierung kann nicht Reformverzicht bedeuten.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Das deutsche Steuersystem kann durch Umfinanzierungen optimiert werden. Heute weist es unnötig hohe Verzerrungen auf und unnötig hohe Bürokratiekosten.

Prof. Dr. Karl Mosler Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Bestimmte Steuersenkungen sind sinnvoll, ohne Gegenfinanzierung würden sie eine Rezession begünstigen.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Auch Deutschland darf den Konsolidierungskurs nicht verlassen. Außerdem: Die Konjunktur in Deutschland wird für längere Zeit von der für Deutschland besonders expansiven Geldpolitik angeschoben. Steuersenkungen sollten mit einer umfassenden Steuerreform verbunden werden.

Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik, Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Angesichts hoher Steuermehreinnahmen ist beides machbar und sinnvoll: Steuerreformen und Haushaltskonsolidierung. Sollten trotz sprudelnder Mehreinnahmen notwendige Korrekturen der Unternehmenssteuern nicht finanzierbar sein, sollten wir zur Gegenfinanzierung Subventionen in den Blick nehmen.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

... und zwar im Sinne von Steuervereinfachung. Aber das ist nur ein frommer Wunsch...

FRAGE

Wo sehen Sie den dringendsten Bedarf für Steuersenkungen?

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Bei unteren und mittleren Einkommen besteht im internationalen Vergleich nach wie vor eine hohe Abgabebelastung. Der Solidaritätszuschlag hat seine ehemalige Funktion längst verloren.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Beim Solidaritätszuschlag erfolgen die größten Verzerrungen der wirtschaftlichen Anreize.

Dr. Justina A.V. Fischer Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Besonders kleine Einkommen werden überdurchschnittlich belastet: Ich plädiere für einen höheren Steuerfreibetrag bzw. einen niedrigeren Einkommenseingangssteuersatz sowie geringere Mehrwertsteuer für Nahrungsmittel. Die Sozialabgaben könnten dadurch gesenkt werden, dass Familienversicherungen sowie Beamtenregelungen abgeschafft werden und jeder erwerbsfähige Erwachsene sich versichern muss. Dadurch verringern wir auch die Zahl der Hartz-IV-Empfänger und stoppen die Gewinnsubventionierung der Unternehmer durch den Steuerzahler.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Der enorm dicke Mittelstandsbauch erzeugt massive negative Anreizeffekte.

Prof. Dr. Michael Frenkel Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Der Solidaritätszuschlag lässt sich 20 Jahre nach der deutschen Vereinigung nicht mehr begründen.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Die Entlastung der Gruppe der Leistungsträger sollte ganz oben auf der Agenda stehen

Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann Lehrstuhl am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Die kalte Progression gilt es zu eliminieren.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH):

Die kalte Progression sollte kompensiert werden, darüber hinaus sehe ich gegenwärtig keinen Spielraum.

Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs "Wachstum und Konjunktur", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Eine Begradigung des Mittelstandsbauch ist zwar wünschenswert, wohl aber sehr teuer.



Prof. em. Dr. Wolfgang König ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Georg-August-Universität Göttingen:

Eine Einkommensteuersenkung fördert dient dem sozialen Frieden.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA :

Eine Senkung des Solidaritätszuschlags wäre eine Entlastung für Unternehmen und private Haushalte gleichzeitig. Außerdem leidet der Solidaritätszuschlag unter einen Akzeptanzproblem. Deshalb wäre eine Abschaffung die sinnvollste Lösung (allerdings erst, wenn die Rahmenbedingungen stimmen).

Prof. Dr. Paul Schmidt Leiter Centre for Financial Economics, Frankfurt School of Finance & Management:

Eine Umsatzsteuersenkung führt zu einer Stärkung der Binnennachfrage, insbesondere des privaten Konsums.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Finanzierungsquellen für verfehlte Ausgaben z. B. in Berlin und den Neuen Bundesländern sollten beschnitten und die Leistungsträger sollten entlastet werden. Beides hilft bei der Lösung der Schulden- und der Wachstumsproblematik.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik , Universität Potsdam:

Glaubwürdigkeit erfordert eingehaltene zeitliche Begrenzungen. Die kalte Progression nimmt sonst noch zu (die Inflation wird steigen). Politiker nutzen schon jetzt Rücklagen zur Ausgabenfinanzierung. Die Wettbewerbsfähigkeit muss auch in der sog. Energiewende gewahrt bleiben.

Prof. Dr. Siegfried Franke Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Mit kurzer Unterbrechung seit 20 Jahren Soli - das ist kein befristeter Zuschlag mehr. Mittelstandsbauchbereinigung - ergibt sich aus dem Ärgernis der "heimlichen Steuererhöhungen/kalten Progression". Die nicht mehr nachvollziehbare Trennung, was "normal" und was "ermäßigt" besteuert werden soll, ist bei der Umsatzsteuer schon lange nicht mehr nachvollziehbar.

Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik, Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Priorität haben Korrekturen bei der Unternehmensteuer, die Abschaffung der Kostenbesteuerung wie die gewerbsteuerliche Hinzurechnungen und die Zinsschranke. Das Steuersystem muss den Unternehmen die Möglichkeit geben, Eigenkapital und Liquidität zu verbessern. Es ist eine Lehre aus der Krise, dass die Eigenkapitalfinanzierung von Investitionen künftig eine größere Rolle spielen muss, Stichwort: Basel III. Sinnvoll ist auch die Wiedereinführung der degressiven AfA und die Begradigung des Mittelstandsbauchs.

Prof. Dr. Karl Mosler Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Sowohl eine Begradigung des 'Mittelstandsbauchs' als auch eine Senkung der Sozialabgaben würde die individuelle Leistungsbereitschaft fördern, zugleich auch die gesamtwirtschaftliche Effizienz.



Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, Santander Bank:

Von geringeren Sozialabgaben würden auch die Arbeitnehmer stärker profitieren, die keine oder nur wenig Einkommensteuern zahlen. Zudem werden aus Sicht der Arbeitgeber die Lohnkosten sinken.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Wachstumsförderung statt Umverteilung. Das Experiment der Abwrackprämie im Jahr 2009 hat gezeigt, welche weithin unerwarteten Wachstumswirkungen von einer de facto Reduktion der Umsatzsteuer ausgehen können.